

Offene Worte

Online Nr. 28

Zeitung der LINKEN für den Barnim 7. Juni 2020, 30. Jahrg.

Kitagebühren in Werneuchen: Geiz ist nicht geil!

Viele Gemeinden im Barnim haben die Kitagebühren auch für Eltern erlassen, die ihre Kinder in der Notbetreuung abgeben konnten (OW vom 5.6.: Panketal). Werneuchens Bürgermeister Frank Kulicke (UWW) will hierbei nicht mitziehen. Er betonte, dass die Gebühren nur „ausgesetzt seien“. Dies bedeutet, Eltern können nachträglich zur Kasse gebeten werden.

Der Bürgermeister kann gem das Land Brandenburg in die Pflicht nehmen, allerdings sollte man auch seine eigene Verantwortung nicht aus den Augen verlieren. Frank Kulicke hat in den vergangenen Wochen viele Möglichkeiten beschrieben, wie er wann das Geld der Eltern einsammeln möchte. Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Alexander Horn, stellt klar: „In Zeiten der Pandemie gilt es mit Solidarität voranzugehen und sich nicht Gedanken darüber zu machen, mit welchen umständlichen Regelungen man den Eltern an den Geldbeutel möchte. Geiz ist nicht geil und in Zeiten der Krise unangebracht.“ Deshalb wird DIE LINKE zur nächsten Stadtverordnetenversammlung am 23. Juli beantragen, alle Eltern von den Kitagebühren in Werneuchen zu befreien.

Matthias Holz

Programmtipp: Rezo gegen „BILD“

Der YouTuber Rezo veröffentlichte vor einem Jahr sein mittlerweile über 17-Millionen-mal angeklicktes Video „Die Zerstörung der CDU“. Im Fokus seines neuen 1-stündigen Videos stehen die Medien. Auch der Titel ähnelt dem Vorgänger. In „Die Zerstörung der Presse“ macht Rezo allerdings nichts kaputt, sondern zeigt auf, wie es zum Verfall des Vertrauens in „die Medien“ kommt, welchen Anteil hochrangige Vertreter in den Redaktionshäusern haben und wie sie so Verschwörungstheoretikern in die Karten spielen.

Die wütenden Tweets des BILD-Chefredakteurs sollten als positive Rezension des mündigen Medienkonsumenten gelten. (mh)

Link: <https://www.youtube.com/watch?v=hkncijUZGKA>

Neue Wirtschaftsweise zu Gunsten biologischer Vielfalt

LINKE in Europa: Auswirkungen von EU-Handelsabkommen prüfen

Für das menschliche Überleben ist der Erhalt der Natur entscheidend. Ozeane regulieren das Klima, Bäume säubern die Luft, Bienen bestäuben Pflanzen.

Bei Umwelt- und Klimaschutz bewegt sich einiges – vor allem dank des wachsenden Engagements von Bürger*innen und Bewegungen wie „Fridays for Future“. Doch der Mensch geht noch zu sorglos mit der Natur um, fügt ihr Schaden zu und gefährdet die biologische Vielfalt, die sogenannte Biodiversität. Dies bedeutet: Die Vielfalt von Ökosystemen und der Arten sowie die genetische Vielfalt innerhalb einer Art gehen verloren. So ist von den geschätzt 8 Millionen Tier- und Pflanzenarten weltweit 1 Million vom Aussterben bedroht – wegen Umweltverschmutzung, Klimawandel und dem Verlust von Lebensräumen. Die Umwandlung natürlicher Lebensräume in landwirtschaftliche Flächen, die Versiegelung von Böden und Ausdehnung der Städte, die Vermüllung der Weltmeere sind nur augenfälligste Spitze des Ursachen-Eisbergs. Ein entschiedenes Gegensteuern ist überfällig, wenn wir innerhalb der nächsten 60 Jah-

re Biodiversität und das menschliche Leben erhalten wollen.

Deshalb forderte das EU-Parlament im Januar 2020 eine ehrgeizige „EU-Biodiversitätsstrategie 2030“, um die Hauptursachen des Verlusts der biologischen Vielfalt entscheidend anzugehen und rechtsverbindliche Ziele für die EU und ihre Mitgliedstaaten zu setzen. Am 5. Mai stellte die EU-Kommission eine neue Biodiversitätsstrategie für 2030 als Teil des Europäischen Grünen Deals vor, die Maßnahmen wie die Wiederherstellung von Ökosystemen und Schaffung neuer Schutzgebiete beinhaltet. Deren Analyse hat jetzt im Europaparlament begonnen.

Dabei ist klar: Unsere Art und Weise des Wirtschaftens ist umzustellen, die Bedingungen dafür sind von den Gesetzgebern verbindlich neu zu justieren. Produktion und Konsum sind zu verändern, und ja, im globalen Maßstab. Wir haben 50 Jahre seit den Warnungen des Club of Rome ungenutzt verstreichen lassen. Heute müssen Geopolitik und die Organisation der Weltwirtschaft demokratisch in Verantwortung gezwungen werden. Dies habe ich EU-Han-

delskommissar Phil Hogan deutlich gemacht. Eine Ausrichtung der Ökonomien auf Wachstum gemessen am Brutto Sozialprodukt kann nicht mehr funktionieren; Ressourcenschonung, Kreislaufwirtschaft, nachhaltige Agrarproduktion, Müllvermeidung, erneuerbare Energieerzeugung und Transportminimierung sind nötig für umwelt- und klimagerechtes Wirtschaften. Hogan signalisierte Zustimmung. Er wolle künftig die Auswirkungen von Handelsabkommen auf die biologische Artenvielfalt prüfen und dies auch in bestehenden Abkommen berücksichtigen.

Aber das sind vorerst „nur“ Worte und die Erfahrungen mit bisherigen Verhandlungen und Umsetzungszeiträumen machen skeptisch, wenn es um schnelle Veränderungen geht. Aber an einer Beschleunigung der Umstellung von Wirtschaft und Handel gibt es keinen Weg vorbei. Und es wird nicht mit rigider Marktlogik und in Konkurrenz zueinander, sondern nur im partnerschaftlichen Agieren gelingen können.

Helmut Scholz
Abgeordneter DIE LINKE.
im Europaparlament

Unterstützung für Kuba in Zeiten der Corona-Pandemie!

Gemeinsamer Spendenaufruf von „Netzwerk Cuba e.V.“, „Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.“ und „Cuba Si“

Kubas Gesundheitssystem gehört zu denen, die am besten auf eine Pandemie vorbereitet sind. So erleichtern auch Erfahrungen aus zahllosen humanitären sanitären Einsätzen in aller Welt, z. B. bei der Ebola-Bekämpfung in Afrika, jetzt ein zielgerichtetes Vorgehen von Regierung und Bevölkerung. Aber die fast 60-jährige völkerrechtswidrige und menschenrechtsverletzende Blockade der USA gegen Kuba, die in den letzten Monaten von der Trump-Regierung ständig verschärft und ergänzt wurde durch weitere Zwangsmaßnahmen, hat das Leben der Kubaner*innen, die wirtschaftliche Entwicklung und auch das Gesundheitswesen stark in Mitleidenschaft gezogen. Wir bitten daher um kleinere und größere Geld-Spenden von Einzelpersonen und Organisationen auf das Konto

des **Netzwerk Cuba e.V.:**
IBAN DE52 1001 0010 0032 3301 04
Verwendungszweck: „Corona“

oder der **Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.:**
IBAN: DE96 3702 0500 0001 2369 00
Verwendungszweck: „Corona“



NETZWERK CUBA
-informationsbüro - e.V.



Cuba si

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN
Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488
E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de; ViSdP: Sebastian Walter.

nächste OW
am 9. Juni